

*Niemand ist mehr Sklave
wie der, der sich frei wähnt,
ohne es zu sein.
Goethe*

Zur Lage der abhängig Beschäftigten am Ende des 20. Jahrhunderts (1999)

Viele Menschen in Deutschland und Europa sind von Arbeitslosigkeit bedroht oder bereits betroffen. Die Statistiker melden etwa 18 Mio. registrierte Arbeitslose in der EU. Fachleute schätzen, dass mehr als 30 Mio. Menschen Arbeit gegen Bezahlung suchen. Tagtäglich erklären Politiker und Verbandsfunktionäre die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen zum wichtigsten Ziel. Immer neue Vorschläge und Programme zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit werden eingebracht und beschlossen.

Wirtschaftsverbände, Bundesbank und Sachverständigenrat fordern von den Gewerkschaften weitere Lohnzurückhaltung. Aber es ist längst erwiesen, dass dadurch keine Arbeitsplätze gesichert oder gar geschaffen werden. Gewinnsteigerungen und Steuererleichterungen für Unternehmer haben gleichzeitig zur Vernichtung von Arbeitsplätzen beigetragen.

I. Die ökonomische Entwicklung

Die realen Bruttolöhne je Arbeitnehmer sind seit 1980 in Westdeutschland um nicht mehr als 14,4% gestiegen. Damit wurde die um 37,9% gestiegene Arbeitsproduktivität nicht mal zur Hälfte ausgeschöpft.

Die bereinigte Bruttolohnquote ist im Jahre 1998 auf ihren historisch tiefsten Stand von 69,4% gesunken. Das Niveau der realen Netto-Löhne pro Arbeitnehmer ist seit 1980 sogar um 2,7% gesunken.

Die realen Nettogewinne sind seit 1980 um 132% gestiegen. Damit liegt die reale Nettokapitalrendite nunmehr mit 12,6% in Westdeutschland und 11,9% in Gesamtdeutschland auf Rekord-Niveau. Aber die Gewinne fließen zunehmend weniger in Investitionen.

Dass sich hinter diesen Zahlen eine massive Fehlentwicklung verbirgt, zeigt der internationale Vergleich: allein zwischen 1991 und 1997 betrug der Rückgang der realen Lohnstückkosten in Deutschland minus 8%, in den USA hingegen nur minus 3,1%.

Tatsache ist: die Anzahl der abhängig Beschäftigten hat sich seit 1991 erheblich vermindert!

In den neuen Bundesländern ist die Beschäftigung zwischen den Jahren 1991 und 1998 um 1,5 Millionen Personen zurückgegangen. Aber auch in Westdeutschland gibt es keinen Beschäftigungszuwachs! Vielmehr sank hier die Anzahl der Beschäftigten um 1,4 Millionen Personen.

Insgesamt werden also im Verlauf der 90er Jahre rund 3 Mio. Menschen in Deutschland weniger beschäftigt!

Politiker und Unternehmer verlangen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften weitere spürbare Verzichte! Die abhängig Beschäftigten sollen soziale Errungenschaften aufgeben, um das "Vertrauen der Investoren" nicht zu gefährden.

Die tariflichen Löhne und Gehälter sollen nach Auffassung von Unternehmern und Politikern in den nächsten Jahren nicht erhöht werden. Lediglich die Inflationsrate soll ausgeglichen werden.

Diese erneuten Verzichte würden weitere Arbeitsplätze bedrohen und vernichten!

Wer garantiert den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, dass mit steigenden Gewinnen nicht mehr Arbeitsplätze durch Rationalisierungsinvestitionen vernichtet werden als neue hinzukommen?

Wer garantiert, dass steigende Gewinne nicht einfach in Finanzanlagen oder höheren Luxuskonsum fließen?

Lohnverzicht ist eine Vorleistung, die von Unternehmen beliebig genutzt werden kann: seit 1980 haben sich die sogenannten Eigenmittel der Unternehmen mehr als verdoppelt, das heißt sie könnten heute ihre gesamte Bruttoinvestition aus eigenen Finanzmitteln bestreiten.

Die Unternehmerverbände und ihre Hilfstruppen behaupten in regelmäßigen Abständen, die Lohnkosten in Deutschland seien mit knapp 50,- DM pro Stunde die höchsten in der Welt. Dabei wird unterschlagen, dass es sich hier lediglich um die kleine Gruppe der Arbeiter in der verarbeitenden Industrie handelt. Das sind nur knapp 15% aller Beschäftigten! Der Anteil der Lohnkosten am Produktionswert im westdeutschen verarbeitenden Gewerbe beträgt gerade mal ca. 23%!

Mit solchen Tricks kann man die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands nicht erklären. Dafür müssen vielmehr das Niveau und die Entwicklung der Produktivität in die Analyse einbezogen werden. Aus Lohnkosten und Produktivität ergeben sich die Stückkosten. Und diese Lohnstückkosten sind im internationalen Vergleich (in Landeswährung) in Deutschland gesunken.

Die im Vergleich zu den Arbeitseinkommen geradezu explosionsartige Gewinnentwicklung der letzten 15 Jahre hat nicht zu mehr Beschäftigung geführt. Die Investitionsquote ist sogar gesunken.

Gleichzeitig sind die massiven steuerlichen Entlastungen im Unternehmenssektor durch Sozialstaatsabbau gegenfinanziert worden: Staatsverschuldung und Arbeitslosigkeit steigen weiter.

Die Gewerkschaften fordern notwendige Einschränkungen und Verzicht von den Reichen, von Aktionären und Managern.

Immer noch glauben Politiker, aber auch genügend Journalistinnen und Journalisten, dass weitere Steuererleichterungen und höhere Gewinne zusätzliche Arbeitsplätze bringen!

II. Profite haben Vorrang

Die aus angehäuften Geldbeständen und nicht entnommenen Gewinnen gefüllten Kriegskassen der Unternehmen werden kaum noch für die Erweiterung der Produktion eingesetzt, sondern für das Zusammenkaufen von Firmen in aller Welt und für Spekulationsgeschäfte.

Große Produktionskonzerne spekulieren mit Währungen und Finanzobligationen und werden zu bank-ähnlichen Unternehmen. Weshalb von Siemens bereits der Satz geprägt wurde, es handele sich bei diesem Unternehmen um eine Münchener Großbank, die nebenbei ein Elektrogeschäft betreibe.

Dabei hat das Geschäft mit dem Geld auch noch den Vorzug, dass sich die hier erzielten Profite leichter in Steueroasen parken lassen, als die in heimischen Produktionsgeschäften erzielten Gewinne.

Die ungeheure Masse des angestauten Reichtums wird eingesetzt, um Kredite zu geben, Währungen herunterzuspekulieren und Unternehmen auszuschlachten um anderen Unternehmen deren Marktanteil zuzuschancen. Daher das Wort Kasinokapitalismus. Am internationalen Spieltisch des Kapitals wird kein Mehrwert geschaffen, sondern anderen der Mehrwert abgejagt.

Die Zunahme der Finanzspekulationen wird in erster Linie von der Zunahme der riesigen Geldvermögen verursacht. Seit Jahren werden ständig neue Finanzdienstleistungen erfunden und die Finanzmärkte dereguliert, um neue Profitquellen zu erschließen.

Und weil die Profitchancen auf den globalen Finanzmärkten seit einigen Jahren ungleich größer sind, als in der Produktion, wachsen die Verlockungen, eher in Finanzmittel als in die Produktion zu investieren.

Und was tun verantwortliche Politiker und Regierungen gegen solche Fehlentwicklungen, gegen den wachsenden Reichtum auf der einen Seite und die steigende Armut auf der anderen? Sie sind oft selbst verstrickt in Kapitalinteressen. Bestechung und Korruption sind an der Tagesordnung. Der rücksichtslose Umgang mit der Natur und den begrenzten Ressourcen bedroht die Zukunft der Menschheit.

Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben im Herbst 1998 Gerhard Schröder und die SPD gewählt in der Erwartung, dass mit dem erhofften Politikwechsel ein spürbares und überzeugendes Engagement für soziale Gerechtigkeit einsetzt!

Nach etwas mehr als einem Jahr wissen die abhängig Beschäftigten: das war eine Täuschung!

Mit dem umstrittenen Papier von Tony Blair und Gerhard Schröder für einen "Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten" ist den Gewerkschaften unmissverständlich klargemacht worden, dass sie ihren Weg alleine gehen müssen!

Das Gerede von der zu hohen Steuerbelastung für Unternehmer ist auch im internationalen Vergleich ein Märchen, aber die Sozialpflichtigkeit der höheren Einkommen ist ein unabweisbarer Auftrag unseres Grundgesetzes!

Niemand kann ernsthaft annehmen, dass unter den vorherrschenden Bedingungen irgendein Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit oder Bündnisse für Arbeit zu einem spürbaren Abbau der Massenarbeitslosigkeit führen wird! Die Gründe sind einfach zu erklären.

III. Wo nur Profite zählen, wird die Menschenwürde vieler verletzt.

Im Mittelpunkt der Marktwirtschaft hat die Bezahlung des Kapitals gegenüber der Entlohnung der Arbeit den Vorrang. Das Ziel der großen Unternehmen und Konzerne besteht immer weniger darin, Güter und Dienstleistungen für die Menschen bereitzustellen, sondern einzig und alleine Profit zu machen.

Das große Kapital ist auch in der Regel nicht mehr an eine Unternehmung gebunden. Es hat kein anderes Ziel als die größtmögliche Rendite zu erreichen. Es erpresst den gesamten produktiven Bereich.

Dazu ein Beispiel, das kein Geheimnis ist: Der Bertelsmann-Konzern verlangt von seinen weltweit mehr als 300 Profit-Centern eine Kapitalrendite von 15%! Immer öfter kann die-

ses Ziel nur durch eine Verringerung der Arbeitskosten - d.h., durch schlechtere Arbeitsbedingungen, die in der Regel erpresst werden - erreicht werden. Bei z.B. 10 Milliarden Mark eingesetztem Kapital sind das jährlich 1,5 Milliarden Mark Rendite. Dieser Profit muss nun zusätzlich im nächsten Geschäftsjahr zu den gleichen Bedingungen eingesetzt werden.

Die Anhäufung des Kapitals, das finanziert werden muss, bedroht häufig kleine und mittelständische Betriebe, erzeugt Arbeitslosigkeit und Armut und zerstört schließlich jede gesellschaftliche Substanz.

Mit einem immer kleineren Produktionsbereich muss eine immer größere Menge von Kapital finanziert werden.

Der Spielraum für Reformen zu Gunsten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird dadurch immer geringer.

Das große Kapital liegt in den Händen von Finanzstrategen weit weg von der Produktion. Sie sind als Vermögensverwalter damit beauftragt, Gewinne zu erzeugen. Sie setzen das ihnen anvertraute Kapital nur dort ein, wo die höchste Rendite erzielt wird. Und die Verschiebungen ihrer Kapitalien bedeuten für viele Millionen Menschen oft Hunger, Arbeitslosigkeit und Elend.

IV. Konkurrenz gegen ein soziales Europa

In den Betrieben und Tarifverhandlungen fordern die Unternehmer von den Beschäftigten ständig Verzichte zur Sicherung oder Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. International gesehen geht es aber gar nicht um den Wettbewerb von Produkten oder Dienstleistungen. Es geht ausschließlich um die Frage, wie und wo sich die höchsten Renditen erzielen lassen!

Was dagegen fehlt sind politische Initiativen z.B. für ein soziales Europa. Kürzlich wurde von den Staats- und Regierungschefs ein "Europäischer Beschäftigungspakt" beschlossen. In dieser Vereinbarung verpflichtet sich die EU, zweimal jährlich die Lohnentwicklung,

die Finanz- und Geldpolitik zwischen den zuständigen Fachministern mit den Sozialpartnern und der Europäischen Zentralbank abzustimmen.

Mit dem Wort vom "Beschäftigungspakt" wird ein Eindruck erweckt, der nicht erfüllt wird. Es wurden keinerlei konkrete Ziele formuliert!

Rund 3/4 des Außenhandels der europäischen Länder spielen sich innerhalb der Grenzen Europas ab. Warum soll es nicht möglich sein, die nationalen Vorschriften zur Gewinnbesteuerung zumindest anzugleichen?

Es ist überhaupt nicht einsehbar, dass es möglich ist, die Krümmung der Banane festzulegen, aber nicht die innerhalb des gemeinsamen Marktes bestehenden Steuerschlupflöcher zu schließen und Steueroasen trocken zu legen.

Das dem Vertrag von Maastricht angefügte Sozialprotokoll sieht die Möglichkeit einer mehrheitlichen Übernahme von Richtlinien in den Bereichen der Arbeitsbedingungen, der Information und Konsultation von Arbeitnehmern, der Chancengleichheit von Männern und Frauen vor. Es ist auch vorgesehen, dass die europäischen Sozialpartner die Macht haben sollen, gemeinsame Abkommen zu verhandeln, die, nach einer Annahme durch den Ministerrat, Gesetzeskraft erlangen.

Das alles ist ja sehr schön, aber wo ist die soziale Kraft europäischen Ausmaßes, die in der Lage wäre, solche Abkommen bei den europäischen Arbeitgebern durchzusetzen?

Die internationalen Instanzen, wie etwa der europäische Gewerkschaftsbund, haben gegenüber den organisierten Arbeitgeberverbänden eine schwache Position, zudem überlassen sie paradoxerweise die Initiative fast immer den Institutionen der Gemeinschaft, selbst wenn es sich um soziale Rechte handelt.

Die europäischen Betriebsräte könnten eine starke Kraft sein. Sie werden jedoch ständig mit Interessensgegensätzen konfrontiert, welche sie je nach Landeszugehörigkeit auseinanderdividieren oder gar in Opposition zueinander bringen.

Die Geschichte lehrt, dass es ohne eine soziale Bewegung keinen sozialen Fortschritt gibt. Ohne engagierte und zielstrebige Zusammenarbeit der Gewerkschaften in Europa wird es keine gemeinsamen Sozialstandards geben.

Rund 25% der deutschen Produktion werden mittlerweile auf dem Weltmarkt abgesetzt. Die Überschüsse aus dem Export wachsen seit 1991. Deutschland gehört mit einem jährlichen Export je Einwohner von rund 10.000,- DM und einem Exportvolumen von über 800 Milliarden DM jährlich neben den USA und Japan zu den drei größten Exportnationen der Welt.

Und selbst gegenüber den Reformländern der ehemaligen Sowjetunion und den ostasiatischen Billiglohnländern erzielt der deutsche Warenhandel einen Überschuss, wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung nachgewiesen hat.

Doch mit der Flucht in den Export kommt es zur ruinösen Konkurrenz der nationalen Volkswirtschaften: das Land mit den schlechtesten Sozialstandards, dem niedrigsten Steuer- und Lohnniveau und den längsten Arbeitszeiten wird zum Leitbild der Wettbewerbsfähigkeit. Es beginnt ein internationaler Wettlauf um den schlechtesten Sozialstaat.

V. Verzichte werden erpresst

Die tariflichen und gesetzlichen Normen zum Schutz der abhängig Beschäftigten werden von den Unternehmern und ihren Hilfstruppen in den Betrieben und in der Öffentlichkeit zunehmend aggressiver und beharrlicher angegriffen. Eine wachsende Anzahl von Belegschaften wird mit dem drohenden Verlust von Arbeitsplätzen zu Verzichten auf ihre Rechte erpresst.

Betriebsratsmitglieder und aktive Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter stehen permanent in betrieblichen Auseinandersetzungen zur Erhaltung von Arbeitsplätzen. In der Hoffnung auf Verhinderung von Entlassungen wächst die Bereitschaft zum Verzicht auf wesentliche Tarifrechte. Die Unternehmer fordern insbesondere eine Verlängerung der regelmäßigen Wochenarbeitszeit und eine umfassende Deregulierung bei der Gestaltung von Arbeitszeiten. Viele Belegschaften und Betriebsräte haben nicht die Kraft, dem enormen Druck ihrer Geschäftsleitung zu widerstehen.

Die andauernden betrieblichen Auseinandersetzungen führen in vielen Fällen auch zur Auflösung bzw. Schwächung gewerkschaftlicher Bindungen. Das Vertrauen in den Schutz der Tarifverträge sinkt. Oftmals sind die Gewerkschaften kaum noch in der Lage, die gültigen Tarifverträge in der Mehrzahl der Betriebe ohne Einschränkungen durchzusetzen. Das Bemühen im Einzelfall wird durch die Tariffucht vieler Konkurrenzbetriebe zunichte gemacht.

Die aktiven Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in den Betrieben mit großem Engagement erfolgreich die Tarifrechte verteidigen, sind zunehmend enttäuscht von der Machtlosigkeit ihrer Gewerkschaft, die Durchsetzung der Flächentarifverträge auch in anderen konkurrierenden Betrieben zu gewährleisten. Sie ziehen sich oftmals von der aktiven Mitwirkung in den gewerkschaftlichen Gremien zurück.

Die deutschen Gewerkschaften sind seit Anfang der 90er Jahre zunehmend mit sich selbst beschäftigt. Oft genug gibt es endlose Debatten in den Gremien über Sinn und Unsinn struktureller Veränderungen und Neubestimmung von Aufgaben. Insbesondere die kleineren Gewerkschaften erfahren einen spürbaren Bedeutungsverlust in den Betrieben und dadurch schwindende Durchsetzungsmacht. Der Vertrauensverlust der Mitglieder und solcher, die es werden könnten, hat auch die großen Gewerkschaften längst erreicht.

Oftmals entsteht der Streit in den gewerkschaftlichen Gremien aus Angst vor persönlichen Nachteilen und geringerem Einfluss der betroffenen hauptamtlichen Funktionäre. Es fehlen überzeugende Konzepte und es fehlt vor allem Verbindlichkeit in der Durchsetzung der Beschlüsse und Verabredungen. Viele Funktionäre machen was sie wollen, aber alle machen mit. Aktive ehrenamtliche Funktionäre ziehen sich zurück, weil sich die Gremiendiskussionen wiederholen und keine konkreten Ergebnisse und Konsequenzen hervorbringen. Das gewerkschaftsinterne Palaver lähmt zudem die Auseinandersetzung mit den politischen Gegnern.

Viele Gewerkschaftsmitglieder, die sich in der Vergangenheit auch um die Entwicklung, die tarifpolitischen Positionen und den Zustand ihrer Gewerkschaft engagiert gekümmert haben, konzentrieren sich weit überwiegend auf die betriebliche Probleme. Gewerkschaftliche Bildungsangebote, Versammlungen und Tagungen werden immer seltener ange-

nommen. Das mag partiell noch spürbar unterschiedlich sein. Der Trend ist jedoch unverkennbar.

Notwendige Gewerkschaftsreformen leiden zunehmend am mangelhaften Interesse und an der fehlenden Beteiligung der aktiven Mitglieder und Funktionäre. Die existentielle Bedrohung der Gewerkschaften durch die anhaltenden Mitgliederverluste und die damit verbundenen sinkenden Einnahmen werden häufig nur oberflächlich wahrgenommen, lösen aber keine anhaltende Besorgnis aus. "Die Gewerkschaft kann uns doch nicht helfen", ist eine weit verbreitete Meinung. Damit verbunden sind oftmals Erfahrungen mit unqualifizierten und wenig überzeugenden Funktionären.

Es geht aber nicht nur um die Beseitigung einiger Mängel. Es muss vor allen Dingen unverzüglich eine Neudefinition des Verhältnisses von DGB und Einzelgewerkschaften erfolgen. Es muss geklärt werden, welche Funktion der DGB zukünftig haben soll!

Über einzelgewerkschaftliche Reformprojekte hinaus müssen sich die Einzelgewerkschaften über einen gemeinsamen Reformprozess verständigen. Das ist bislang nicht gelungen.

Auch die Fusion von Einzelgewerkschaften oder die gemeinsame Gründung einer neuen Organisation führen nicht zwangsläufig zur Stärkung gewerkschaftlicher Durchsetzungsmacht in Betrieb, Wirtschaft und Gesellschaft. Mit der Konzentration der Kräfte durch Abbau von gewerkschaftlicher Konkurrenz muss auch eine verlässliche Verständigung über die gemeinsamen politischen Ziele erfolgen. Die Gewerkschaftsorganisation ist lediglich Mittel zum Zweck. Entscheidend ist die politische Macht zur Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit und demokratischer Lebens- und Arbeitsverhältnisse.

VI. Die Raffgier des Kapitals

In unserer Gesellschaft entscheiden ausschließlich der Staat und die Unternehmer bzw. Kapitalbesitzer, ob, wo, wie und womit sie Güter und Dienstleistungen produzieren lassen.

Von diesen existentiellen Entscheidungen sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer grundsätzlich ausgeschlossen.

Tatsache ist:

Die entscheidenden Prinzipien der Demokratie sind in den Betrieben nicht verwirklicht. Eine Gleichberechtigung der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital widerspricht den Profitinteressen des Kapitals.

Jeden Tag bereichern sich Aktionäre und Kapitalbesitzer millionenfach an den Arbeitsergebnissen der abhängig Beschäftigten. Über den ständig steigenden Reichtum wird kaum gesprochen oder geschrieben. Es gibt zwar jedes Jahr einen Armutsbericht, aber das Thema Reichtum ist bei der herrschenden politischen Klasse tabuisiert.

Mehr als zwei Billionen Mark schulden Bund, Länder und Kommunen in Deutschland gemeinsam den Geldverleihern. Die Zinsen kassieren die Reichen und Kapitalbesitzer. Etwa 233 Milliarden Mark werden jährlich an Zinsen in dieser Republik ausgezahlt! Rund 1/4 des gesamten Steueraufkommens des Bundes wird gleich an die Banken für Zinsen und Schuldentilgung weitergereicht. Dafür erhalten die beteiligten Steuerzahler keine Gegenleistung.

Die internationale Elite der multinationalen Konzerne beherrscht nicht nur die Produktionsmittel, sondern inzwischen auch die Mittel zur politischen Willensbildung. Die Unterwerfung von Politikern und Verbandsfunktionären unter die Bedingungen und Forderungen des Kapitals ist nicht zu übersehen. Man sucht den Konsens um jeden Preis.

Und was machen die Gewerkschaften?

Sie diskutieren und entscheiden meistens in der Logik ihrer Gegner. Im Ergebnis bedeutet das Anpassung an die herrschenden Bedingungen. Aber es ist ein verhängnisvoller Irrtum zu glauben, die abhängig Beschäftigten könnten durch Verzicht zur Bewältigung von Krisen oder zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen. Das Gegenteil ist längst bewiesen.

Die Raffgier des Kapitals kennt keine soziale Verantwortung! Der einzelne Unternehmer oder Geschäftsführer mag sich noch so ehrlich und überzeugend für seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einsetzen, er wird schließlich an den Wolfsgesetzen des Kapitalismus scheitern.

VII. Menschenrechte werden immer unerreichbarer

Der Besitz der drei reichsten Menschen der Welt übersteigt zusammen genommen das kumulierte Bruttoinlandsprodukt, also den Wert der im Inland entstandenen wirtschaftlichen Leistungen (Güter und Dienstleistungen), der 48 ärmsten Länder der Welt (ein Viertel aller Staaten).

Im Jahre 1960 verfügten die 20 Prozent der Weltbevölkerung, die in den reichsten Ländern lebten, über ein 30ig mal höheres Einkommen als die ärmsten 20 Prozent; 1995 war ihr Einkommen bereits 82 mal höher. Weltweit leben 3 Milliarden Menschen - die Hälfte der Menschheit mit weniger als 1 ½ Dollar pro Tag.

Ein Drittel der 4,5 Milliarden Menschen, die in den sogenannten Entwicklungsländern leben, haben keinen Zugang zu Trinkwasser; ein Fünftel aller Kinder nehmen nicht genügend Kalorien und Proteine zu sich; und 2 Milliarden Menschen - ein Drittel der Menschheit - leiden unter Blutarmut.

Wenn man den 225 reichsten Menschen der Welt 4 Prozent ihres Vermögens nähme, könnte man mit dieser Summe laut UN-Angaben problemlos den Grundbedarf der Weltbevölkerung an Nahrung, Trinkwasser, Bildung und Gesundheit sichern.

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte behauptet in Artikel 25: "Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen...". Doch für einen Großteil der Menschheit werden diese Rechte immer unerreichbarer. Jahr für Jahr verhungern weltweit 30 Mio. Menschen!

Es wird erst gar nicht versucht, das zu teilen, was es genügend gibt, nämlich das aufgehäufte Kapital. Geteilt werden sollen vielmehr die Arbeitsplätze unter jenen, die nichts haben.

Man versucht die Auswirkungen kapitalistischer Wirtschaft zu bekämpfen. Aber die Ursachen werden selten genannt. Viele Wirtschaftswissenschaftler geben sich damit zufrieden,

den bestehenden Rahmen zu erklären und Rezepte zur Anwendung zu empfehlen. Sie tun genau genommen nichts anderes als zu erklären, wie Geld verdient und wie dieses verwaltet werden kann. Die bestehenden ökonomischen Verhältnisse werden von der großen Mehrzahl der Ökonomen niemals in Frage gestellt.

Die herrschende Ideologie möchte den Menschen die Idee aufzwingen, dass das Kapital der wichtigste Produktionsfaktor ist. Die Arbeitseinkommen der Beschäftigten werden als Kostenfaktor beklagt. Genau das Gegenteil ist aber richtig: was wirklich Kosten verursacht, ist das Kapital, es produziert nichts!

VIII. Statt der Armut werden die Armen bekämpft

Der Staat zieht sich immer mehr aus der ökonomischen Arena zurück und betont selber die Notwendigkeit, seine sozialpolitische Rolle zu reduzieren und zugleich den Repressionsapparat zu verstärken. Besonders heftig und ideologisch werden die Debatten von Politikern und Kapitalvertretern, wenn es um die "innere Sicherheit" geht.

Verstärkte Repression von Bagatelldelikten und kleinsten Ordnungsverstößen, strengere Strafen, schleichende Abschaffung der spezifischen Vorgehensweisen gegenüber jugendlichen Straftätern, ständige Überwachung von "Risikogruppen", Privatisierung des Gefängniswesens: mit diesem Programm verbreiten sich, aus Amerika kommend, neue strafrechtliche Ziele in Europa, die völlig im Einklang stehen mit dem Neoliberalismus in Wirtschaft und Gesellschaft. Das Dogma der Markteffizienz, der Imperativ der Eigenverantwortung (deren Kehrseite die Verantwortungslosigkeit des Gemeinwesens ist) wird auf das Feld von Verbrechen und Strafe ausgeweitet.

Ziel staatlichen Handelns soll die "Sicherheit" sein, womit allerdings im Wesentlichen die körperliche Unversehrtheit gemeint ist, während die Unsicherheit in anderen Bereichen (wie Arbeit, Gesundheit, Altersversorgung, Bildung und dergleichen mehr) ausgeblendet bleibt. Armut und Elend werden kriminalisiert. Unsichere Arbeitsverhältnisse sollen normal sein. Unbeugsam werden die Gesetze angewandt, insbesondere bei kleineren Verfehlungen wie Trunkenheit, Ruhestörung, Betteln, sittenwidrigem Verhalten und anderen asozialen Verhaltensweisen, die mit Obdachlosen assoziiert sind.

Unter dem Schlagwort "staatsbürgerliche Pflichten" hat Tony Blair diesem Ziel besonderen Nachdruck verliehen. Personen, die von staatlichen Zuwendungen "abhängig" sind, müssen Zwangsarbeit leisten und haben dabei keinen Anspruch auf die üblichen sozial- und arbeitsrechtlichen Mindeststandards. Dies ist in den USA seit 1996, in Großbritannien seit 1999 geltendes Recht.

Diese Vorstellungen finden auch Ausdruck im "Gesetz gegen Verbrechen und Störung der öffentlichen Ordnung" das New Labour im Jahre 1998 durchs Parlament gebracht hat. Es ist das repressivste Gesetz dieser Art seit Ende des 2. Weltkriegs. Der britische Premierminister begründet sein Eintreten für "Null-Toleranz" mit folgenden Worten: "Es ist wichtig, zu erklären, dass wir kleinere Vergehen nicht länger tolerieren. Das Grundprinzip lautet: Ja, es ist gerechtfertigt, gegenüber den Obdachlosen auf der Straße intolerant zu sein."

Die Vorzüge des privatwirtschaftlichen Gefängnisbetriebs werden vor allem in Großbritannien gelobt. Es ist ein einträgliches Geschäft mit dem gewinnorientierten Strafvollzug. Die Anzahl der Insassen in den privaten Gefängnissen Großbritanniens ist zwischen 1993 und 1998 von 200 auf 3.800 gestiegen.

Armut und Arbeitslosigkeit stören in einer Gesellschaft, in der die Prinzipien der Vorteilsnahme, Karrieren und Profite von ausschlaggebender Bedeutung sind. Wer fragt schon nach der Menschenwürde in den Gettos des Elends.

IX. Was ist zu tun?

Die abhängig Beschäftigten und ihre Interessenvertreter müssen sich klar darüber werden, dass das herrschende kapitalistische System ein menschenverachtendes System ist. Die Konsequenz muss sein, dieses System zu überwinden!

Diese jederzeit belegbare Erkenntnis ist nicht deshalb falsch, weil die Interessenvertreter des Kapitals sie vehement bekämpfen. Insbesondere die Gewerkschaften müssen aus dieser Situation eine Vision von einer menschlicheren Gesellschaft entwickeln. Der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte.

Die gesellschaftlichen Widersprüche werden sich in der Zukunft dramatisch zuspitzen. Noch mehr Arbeitslosigkeit und Armut. Noch mehr Reichtum. Wie lange werden die Menschen das ertragen?

In dieser Zeit wird viel von Reformen gesprochen. Wer genau hinschaut, muss erkennen, dass die Ergebnisse dieser Reformen fast ausschließlich mit Nachteilen für die betroffenen Menschen verbunden sind.

Sozialdemokraten behaupten häufig, sie könnten im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Reformen erreichen. Sie enden alle damit, dass sie sich dem herrschenden Kapital unterwerfen. Sie wollen nicht wahrhaben, dass der Kapitalismus nicht reformfähig ist.

Unsere Mittel bestehen nicht in einer dauernden Anpassung an die herrschenden Bedingungen, die als Natur gegeben angenommen werden. Denn diese Anpassung stellt das wieder her, was wir eigentlich bekämpfen wollten, und das sind die Ursachen für die herrschenden Zustände!

Wir müssen zunächst einmal bei uns suchen, in unseren Organisationen, in unseren Beziehungen das entdecken, was es zu ändern gilt.

Wenn wir uns nicht vom Terror der Ökonomie befreien können und den Weg in eine menschlichere und gerechtere Gesellschaft finden, dann führt uns der Kapitalismus in die Barbarei.

Diesen Weg in die Barbarei werden wir nur noch verhindern können, wenn wir uns von unseren täglichen Gewohnheiten befreien und anders als bisher denken.

Wer durchschnittlich drei Stunden am Tag vor dem Fernseher sitzt, wird kaum noch auf die Idee kommen, dass in unserer Gesellschaft etwas verändert werden muss. Das herrschende Informationssystem ist beinahe lückenlos an das bestehende Herrschaftssystem angepasst. Der Streit in Sachfragen ändert daran prinzipiell nichts.

Immer mehr Menschen merken jedoch, dass sie von vielen Politikern, Bürokraten und sogenannten Experten belogen und betrogen werden. Der Vertrauensverlust der Parteien

und großen politischen Organisationen ist erheblich. Es fehlt aber auch Vertrauen in die eigene Kraft. Und in den Gewerkschaften fehlt der überzeugende Wille, den Widerstand zu organisieren.

Betriebsräte und Gewerkschafter/innen sind im Kampf gegen die alltäglichen Erscheinungsformen des Kapitalismus umfassend beschäftigt. Die Aktivitäten konzentrieren sich auf Rechtsberatung, Verhandlungen über Forderungen der Unternehmer und ihrer Verbände, über Stellenabbau und Konkurse und Möglichkeiten, "soziale Härten zu mildern". Der politische Kampf ist auf Reden zum 1.Mai, auf einige wenige Demonstrationen und auf Gespräche mit der SPD beschränkt.

Die gewerkschaftliche Theoriedebatte ist vollgestopft mit Themen wie "Zukunft der Arbeit", "Umverteilung der Arbeit", "Arbeitszeitverkürzung und Arbeitszeitflexibilisierung", "Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit" sowie "demokratische Verteilungsgerechtigkeit". Die Diskussionen sind begrenzt auf Veränderungen im herrschenden System.

Die gewerkschaftliche Debatte braucht nicht unbedingt eine konkrete Utopie. Unverzichtbar ist jedoch der unerschütterliche Wille, den totalitären Kapitalismus zu überwinden. Dazu muss mindestens in Europa eine breite Bewegung entwickelt werden. Die bestehende Schwäche der Gewerkschaften muss überwunden werden.

Franz Kersjes